

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:

Han A. am. 32. Mon 6783. wach 6707.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag. Wollschekam 47544.

Inserate werden auf Wunsch billiger berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preis nachfolgt.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 18. Jänner 1923.

Nr. 13.

Triumph der Gewalt.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die französischen Truppen marschieren. Sie marschieren nach Offen, nach Dortmund, nach Gelsenkirchen, nach Hagen, nach Barmen, sie besetzen die wirtschaftliche Bergbauregion Deutschlands, sie requirieren die Bergwerke, sie verlangen von den Arbeitern, daß sie fortan für das französische Kapital ebenso frondend sollen, wie sie bisher für das deutsche Kapital frondend haben. Die Lösung heißt Sicherstellung der Reparationen, das wirkliche Ziel ist die Eroberung des wertvollsten und wichtigsten Industriegebietes Europas für den französischen Imperialismus. Für das deutsche Proletariat erhebt sich die schicksalsschwere Frage, ob es nicht gleich sei, unter welcher nationalen Flagge sich ihm das ausbeutende Kapital entgegenstelle. Die deutsche Arbeiterklasse hat darauf mit der entschlossenen Abwehr der französischen Invasion geantwortet. Sie weiß, daß sich hinter den Versprechungen der fremden Befehlshaber die alten Fesseln und Ketten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verbergen, sie will sich die Freiheit nicht von außen bringen lassen und verzichtet darauf, den alten Käfig mit einem neuen zu vertauschen, selbst wenn er vergoldete Stäbe hat.

Im Ruhrgebiet triumphiert die Gewalt. In Frankreich herrscht der Nationalismus. Aber auch in Deutschland wittert die Reaktion Morgenluft. Der deutschnationale „Tag“ schreibt: „Unsere Hoffnung heißt Poincaré“, in Bapern werden die Vorbereitungen für die Reubelegung der Einwohnerebenen getroffen und der deutschnationale Woll jägt bereits auf den Gassen: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“. Das deutsche Memel, das angeblich dem Völkerverbund untersteht und von französischen Soldaten bewacht wurde, ist von den Litauern besetzt worden, in Polen werden Uebungs- und Gestaltungsbeispiele ausgegeben. In Amerika liegt eine Kaufofferte auf 500.000 Armeegewehre für einen europäischen Staat vor, deren Ausführung bisher nur noch an dem Widerstand der Regierung von Washington gescheitert ist. Die Sommertage von 1914 scheinen sich zu wiederholen. Der Säbel und das Bajonett sind wieder oben auf.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte zwar durch Mehrheitsbeschluß entschieden, daß die Abwehr der Regierung Cuno gegen den französischen Einbruch unterstützt werden solle, aber der Redner unserer Partei hob in der entscheidenden Sitzung mit allem Nachdruck hervor, daß die Arbeiter jede Gemeinschaft mit jenen Elementen ablehnen, die unter dem Deckmantel der „nationalen Einheitsfront“ den Revanchekrieg gegen Frankreich predigen. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion ließ sich bei ihrem Votum von der Latsche bestimmen, daß ein unzumutbarer Rechtsbruch der französischen Regierung und ein Angriff des französischen Imperialismus vorliegt. Außerdem aber: Wer sollte in der augenblicklichen Situation die Regierung übernehmen, wenn das Kabinett Cuno unter sozialdemokratischer Mitwirkung gestürzt werde? Die Regierung ist also geblieben, der Reichskanzler hat versprochen, daß der Gewalt der Appell an die wirtschaftliche Vernunft entgegengekehrt werden solle, und im Innern würde der Opfermut aller Kreise der Bevölkerung dazu beitragen, daß das deutsche Volk die jetzt hereinbrechende schwere Zeit überstehen könne, ohne in den Abgrund gerissen zu werden.

Seitdem ist der Dollar, der Maßstab für den Lebensstand der minderbemittelten Bevölkerung, um die Hälfte seines bisherigen Standes in die Höhe gegangen, was zum mindesten darauf schließen läßt, daß die Kapitalbesitzer auch jetzt nicht an Opfer, sondern nur an Gewinn denken. Im gleichen Maße gehen die Preise für alle Artikel des täglichen Bedarfs in die Höhe. Produzenten und Händler beissen sich, jedes Risiko von sich abzuwälzen, und zwar auf die Schultern derjenigen, die weder Sachverste, noch Bewissen besitzen, sondern allein von dem Leben müssen, was ihnen die ununterbrochene Arbeit bringt. Je folgenschwerer die französische Invasion für den Bestand des Reichs ist, desto besser gedeihen die Kurse der Industriepapiere. Je ungewisser es um die Aussichten der Ernährung steht, desto lebhafter verlangen die agrarischen Kreise nach der Bewilligung ihrer Ansprüche. Zu derselben Zeit, in der die Unternehmer von den Arbeitern fordern, daß sie mit ihren Lohnforderungen angesichts der außenpolitischen Situation zurückhalten, läßt die Regierung eine neue beträchtliche Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide an.

Das deutsche Proletariat kennt das Lied von der nationalen Einheitsfront, von der Opferberei-

Für die Erhaltung des Friedens.

Gegen die Gewalttat des französischen Imperialismus. — Verlangen nach sofortiger Abhaltung des sozialistischen Weltkongresses.

Der Vollzugsausschuß des Parteivorstandes der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik hat in seiner letzten Sitzung zu dem Anschlag der französischen und der belgischen Regierung auf Deutschland, den die militärische Besetzung des Ruhrgebietes bedeutet, Stellung genommen. Die durchgeführte Debatte ergab die einhellige Auffassung, daß diese militärische Besetzung der Kohlenlaube Deutschlands eine Verletzung des Friedensvertrages in sich faßt, die seiner Zerreißung gleichkommt und daß sie ebenso einen ungerechtfertigten Eingriff in die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Deutschlands, wie eine weitere Erschütterung der europäischen Wirtschaft und eine unmittelbare schwerste Bedrohung des Friedens bedeute.

Einhellig gab der Vollzugsausschuß dem Proteste gegen diese Gewalttat Ausdruck und sprach die Überzeugung aus, daß das verantwortungslose Vorgehen der französisch-belgischen Regierungen, wie für alle Staaten, so auch für die tschechoslowakische Republik die größte Schädigung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, eine weitere Steigerung der Krise mit ihren furchtbaren Folgen für die ohnehin schwer heimgegriffene Arbeiterklasse zeitigen muß.

Der Vollzugsausschuß sah den Beschluß, der Arbeiterklasse Deutschlands, welcher das wahnwitzige Vorgehen des französischen Imperialismus vermehrte Not und erhöhtes Leid auferlegen wird, die innigste Sympathie auszusprechen.

Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter der tschechoslowakischen Republik fühlen sich in ihrem Proteste mit der sozialistischen Arbeiterklasse Englands, Frankreichs, Belgiens und anderer Staaten einig und begrüßen es freudig, daß das Proletariat dieser Länder den Kampf gegen den Anschlag auf den Frieden der Welt eröffnet hat. Die Aktion zur Erhaltung der Friedensorganisationen internationalisiert werden. In dem Augenblicke, da der Nationalismus und Imperialismus aufs neue die Welt in Brand zu stecken und die Arbeiterklasse Europas neuerlich das Opfer des Treibens des Kapitalismus zu werden droht, muß das internationale sozialistische Proletariat sich zur gemeinsamen Aktion zusammenschließen.

Aus diesen Gründen sah der Vollzugsausschuß der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik den Beschluß, die sofortige Abhaltung des für den Monat Mai in Hamburg geplanten internationalen Sozialistenkongresses zu verlangen.

Stellungnahme unserer Partei zur außerordentlichen Situation.

Der Vollzugsausschuß des Parteivorstandes hielt am Mittwoch, den 17. Jänner 1923, eine Sitzung ab, um zu den aktuellen außenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Nach Entgegennahme des ausführlichen Berichtes des Genossen Dr. Cech und nach eingehender Aussprache wurde der Beschluß gefaßt, eine Rundgebung, die an anderer Stelle dieses Blattes abgedruckt ist, herauszugeben und die sofortige Einberufung des internationalen sozialistischen Kongresses vom vorbereitenden Aktionskomitee zu verlangen.

Das Vorgehen Frankreichs, durch das der Friede Europas bedroht, die Weltwirtschaftskrise verschärft und die Lebensbedingungen des gesamten Proletariats, insbesondere auch die der Arbeiterklasse in der tschechoslowakischen Republik aufs schmerzhafteste gefährdet erscheinen, macht die sofortige Einberufung des Parlamentes notwendig. Die Bevölkerung muß darüber Klar-

heit erhalten, welche Stellung die tschechoslowakische Regierung in dieser kritischen Situation einnimmt, die durch die Vorgänge an den ungarischen Grenzen noch verschärft wurde. Aus diesem Grunde erscheint die sofortige Einberufung des Abgeordnetenhauses dringend notwendig, um den Abgeordneten Gelegenheit zur Rundgebung ihres Willens zu geben.

Ferner wurde beschlossen, dem Minister des Innern den Standpunkt der Partei zur Kenntnis zu bringen. In Ausführung dieses Beschlusses fand heute nachmittags eine Besprechung mit dem Außenminister Dr. Benes statt, an der die Genossen Dr. Cech, Cermak, Rießner und Hillebrand teilnahmen und in der der Minister seine Stellungnahme zu allen aktuellen außenpolitischen Fragen darlegte.

Ueber die sich aus dieser Situation für die Parteiorganisationen ergebenden Aufgaben erhalten die Kreisorganisationen auf schriftlichem Wege Verständigung.

Aktion des französischen Militarismus der Fall sein. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs werden sich nicht vermindern, die Revanchelust des deutschen Nationalismus aber wird sich noch verstärken, und die einzigen Leidtragenden werden die französischen ebenso wie die deutschen Arbeiter sein. Nicht nur, daß sich ihre Lebenslage weiter verschlechtern wird, ihnen droht auch noch die Gefahr eines neuen, des nächsten Weltkrieges.

Der englische Imperialismus sieht dem französischen Treiben vorläufig noch mit verschränkten Händen zu. Gelingt es aber dem französischen Imperialismus, durch die dauernde Besetzung des Ruhrgebietes nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Vorherrschaft in Europa zu gewinnen, so geraten seine Interessen in scharfem Widerspruch zu den Interessen des britischen Imperiums, der nach der Logik der kapitalistischen Machtpolitik nur durch die Waffen gelöst werden kann. Bleibt jetzt der französische Säbel siegreich, so ist damit nicht allein der endgültige Untergang des Deutschen Reiches besiegelt; aus ihm müssen neue schwere Konflikte entstehen, statt des tausendjährigen Fried-

Deutschlands neue „Verfälschungen“.

Der Beschluß der Reparationskommission.

Paris, 16. Jänner. (Wolff.) Der Beschluß der Reparationskommission, der in der heutigen Sitzung gefaßt wurde, ist in folgendem Protokoll niedergelegt worden: Die Kommission ist heute um 11 Uhr unter dem Vorsitz Barthelemy zusammengetreten und hat mit drei Stimmen unter Zustimmung des englischen Delegierten folgenden Beschluß gefaßt: 1. Seit dem 12. Jänner sind keine Kohlenlieferungen bewirkt worden. 2. Der Reichskommissar hat durch ein Schreiben den zuständigen französischen und belgischen Stellen offiziell bekannt gegeben, daß die Reparationslieferungen sofort eingestellt werden. 3. Die deutsche Lieferungskommission hat die zuständigen französischen und belgischen Stellen offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß sämtliche Lieferungen sowohl zu Reparations- wie zu Restitutionszwecken eingestellt wurden, daß die zur Abfahrt bereiteten Züge nicht abgelassen werden und daß tatsächlich seit dem 12. Jänner zwei Züge mit Vieh und Pferden von den deutschen Behörden auf der Fahrt aufgehalten worden sind. Dieser Zustand der Dinge ist die vorsätzlich und bewußt herbeigeführte Folge einer am 12. Jänner von der deutschen Regierung der französischen und der belgischen Regierung gemachten Mitteilung, deren Wortlaut von der deutschen Regierung der Reparationskommission mitgeteilt worden ist. In Anbetracht der angeführten Umstände bekräftigt die Reparationskommission, daß bei den von Frankreich und Belgien zu machenden Lieferungen seit dem 13. Jänner zwei Verfälschungen Deutschlands im Sinne des § 17, Absatz 2 zu Abschnitt 8 des Vertrages von Versailles hinsichtlich der Kohlen- und Viehlieferungen zu Reparations-, bzw. Restitutionszwecken vorliegen. Entsprechend dem angeführten Vertragsparagrafen sind diese Verfälschungen sofort den Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens zur Kenntnis gebracht worden.

Die Amsterdamer Internationale gegen Krieg und Militarismus.

Amsterdam, 17. Jänner. (Wolff.) Der von Internationalen Gewerkschaftsbund in Rotterdam eingeleitete Ausschuss zum Studium des Problems Krieg und Militarismus beriet zum Teile auf Grund der vom Weltfriedenskongresse unlängst angenommenen Resolutionen organisatorische Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung des Militarismus und Kriegsgefahr. Die vom internationalen Gewerkschaftsbund unterbreiteten Vorschläge für die Organisation einer entsprechenden Propaganda wurden angenommen und ihre Durchführung einem besonderen Komitee überwiesen. Angesichts der Besetzung des Ruhrgebietes erklärten die Vertreter der Bergarbeiter, der Transportarbeiter und der Metallarbeiter sich bereit, eine Aktion der internationalen Gewerkschaftsbundes so einzuleiten wie nur möglich zu unterstützen.

Berlin, 17. Jänner. (Sch. P. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Offen, daß der Vorsitzende des Allen Bergarbeiterverbandes gestern nach Amsterdam zur Teilnahme an einer Sitzung der Exekutive des Internationalen Gewerkschaftsbundes abgereist ist, bei der über Protestmaßnahmen wegen der Besetzung des Ruhrgebietes beraten werden soll. Der zweite Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes ist zu Besprechungen nach Berlin abgereist.

dens, von dem die Völker Europas träumten wird es einen Kampf aller gegen alle geben.

Die deutsche Arbeiterklasse will keine Gemeinschaft mit den Propheten der Gewalt, sei es dies jetzt wie jenseits des Rheins. Sie setzt ihre Erwartungen auf die Hilfe des internationalen Proletariats. Die englischen Arbeiter haben sich bereits energisch gegen die Aktion des französischen Militarismus gewandt; die französischen Sozialisten protestierten heftig gegen die räuberischen Methoden ihrer Regierung; die belgische Arbeiterpartei, die am besten weiß, was ein Fremdherrschaft bedeutet, verlangt die Verständigung mit Deutschland. Dieser ersten Beweise internationaler Solidarität werden entscheidender Handlungen folgen, wenn erst die Wirkungen der französischen Invasion sichtbar sind und der erst so heilig erlaubte Siegesrausch in Frankreich verfliegen ist. Bis dahin aber werden die deutschen Arbeiter dafür sorgen, daß der Triumph der Gewalt von außen nicht sein Gegenstück findet in der rückwärtslosen Ausbeutung der innerpolitischen Situation durch die deutsche Bourgeoisie.

Gegen die heimlichen Käufer.

Berlin, 17. Jänner. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Reichstags wandte sich der Präsident des Reichstages Genosse Voeb noch einmal gegen die Beschaffung, indem er zugleich die Bevölkerung zur Ruhe mahnte, an die Gewaltsherren aber die Warnung richtete, ihre Politik nicht zum bitteren Ende weiterzutreiben. Dann wurde über einen sozialdemokratischen Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Preissteigerung verhandelt. Den Sozialdemokraten handelt es sich darum, festzustellen, wie weit die jetzigen Preise durch die Weltmarktlage gerechtfertigt erscheinen. Der Referent zeigte, daß bei der Preisbildung die Gewinnlust der Händler eine große Rolle spielt. Der Reichstag stimmte in etwas veränderter Form dem Antrag zu. Der Reichstag vertagt sich bis 25. Jänner, kann aber vorher einberufen werden, wenn es die Lage des Reiches erfordert.

Deutschland Import.

Berlin, 17. Jänner. Der Reichsernährungsminister empfing heute die Vertreter der Gewerkschaften aller Richtungen zu einer Besprechung über die augenblickliche Ernährungslage und über die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen. Unter anderem soll eine wesentliche Einschränkung des Konsums an Fleisch, Eiern und Kuchen in der Gastwirtschaften geplant sein, ferner eine Beschränkung der Schokoladen- und der Kuchenherstellung. Auch sonst werden allenthalb Verfügungen getroffen, die an die Kriegszeit erinnern. So hat der Berliner Polizeipräsident im Hinblick auf die drohende Kohlenlage für Berlin von morgen ab die Polizeistunde um 2 Stunden verkürzt und auf 11 Uhr abends festgesetzt.

Die Ruhrarbeiter gegen die Militarisierung.

Berlin, 17. Jänner. (Tsh. P.-B.) Nach einer Meldung aus Essen wollte gestern eine Kommission von französischen Offizieren die Zeche Sälzer-Neuad bei Essen besichtigen. Der Betriebsrat erklärte jedoch, daß die Arbeiter sofort die Arbeit niederlegen würden, wenn sie nicht unter Besonderen Umständen die Besichtigung der Zeche durch die französischen Offiziere verweigern. Die französischen Offiziere verzichteten hierauf sofort die Zeche.

Kohlenlieferung unter gerichtlichem Zwang.

Düsseldorf, 16. Jänner. (Wolff.) Friedrich Thissen wurde heute vormittags vor den Generalsstab des Bundeslaufes Düsseldorf geladen. Im Auftrage des Generals Degoutte erklärte General Simon ihm und den mit ihm geladenen Herren, dem Generaldirektor Reiten, Bergassessor Kunge und Direktor Wüstenhöfer, daß sie, wenn sie bei ihrer absehenden Haltung blieben, von jetzt an unter gerichtlichem Verfahren stehen würden. Samtliche Herren erklärten auf Befragen, daß sie bei ihrem bisherigen Standpunkte verbleiben müssen. (Es interessiert zu wissen, welches Gericht für dieses Verfahren zuständig sein soll. Etwas ein französisches Kriegsgericht? Die Funktion der deutschen Behörden wurde doch von der Ingenieurkommission nicht aufgehoben!) D. Red.)

Die neuen Sanktionen.

Paris, 17. Jänner. (Havas.) Italien wird sich der Maßnahme der Einhebung der Kohlensteuer im besetzten Gebiete auf Konto der Alliierten anschließen. Weitere Sanktionen seien noch Gegenstand von Beratungen zwischen den drei Regierungen; und zwar folgende der drei Regierungen von der Reparationskommission festgestellten Verschuldungen Deutschlands die Kontrolle der Domänenwälder in Betracht. Diese werde vorbereitet. Ferner werde die Errichtung einer Postlinie im Rheinland und um das Ruhrgebiet geprüft.

Aus den Erinnerungen eines Journalisten.

Der Redakteur der "Novodni Listy", Josef Benizel, der jahrzehntelang dieses jugoslawische Blatt in Wien vertreten hat, gibt jetzt seine Erinnerungen aus den Jahren 1878 bis 1818 heraus, zu denen das eben erschienene erste Heft mit seinen "kurzen Skizzen" gewissermaßen die Einleitung bildet. Es sind bis jetzt keine weltbewegenden Ereignisse, die da an uns vorbeiziehen, wie uns ja überhaupt das Dekadenjahr der nationalen Kämpfe nach dem Zusammenbruch der alten feudalkapitalistischen Ordnung einigermassen als eine Zeit des Aufstiegs anmutet. Aber auch von den eigentlichen nationalen Kämpfen und von dem parlamentarischen Intrigenspiel erfahren wir in diesem ersten Heft noch wenig. Es sind mehr kleine Bilder, die uns zusammenhängend vorgeführt werden.

Immerhin sieht man schon jetzt, wie hochnamend die slavischen Politiker die Bedeutung der Presse einschätzten. Die Journalisten hatten nicht nur Tag und Nacht Zutritt zu ihren Herren, sondern sie wurden bei jeder wichtigen Angelegenheit vorher geladen. So erhielt Benizel vom Ministerpräsidenten Grafen Thun, als er eines Nachmittags zufällig in das Ministerpräsidium kam, einweitere eine Delegation zur Einsicht, die die Ermordung der Kaiserin Elisabeth mitleidete, und es machte ihm nicht, daß er zu dieser Zeit die Nachricht nur an das Salzburger Blatt weitergeben konnte. Und der

Die Franzosen im „Vormarsch“.

Bergeblische Anbiederungen der französischen Soldateska. — Keine Anerkennung durch die Arbeiterkraft. — Bahnsinnige Teuerung im besetzten Gebiet. — Sinnes vermittelt 2 Millionen Pfund-Anleihe in England.

Berlin, 17. Jänner. (Eigenbericht.) Die Lage im Ruhrgebiet hat sich nicht geändert. Die Franzosen setzen ihren Vormarsch fort, und treffen neue Maßnahmen, um die Besetzung noch weiter auszuweiten. Die Kontrollkommission zur Untersuchung der Kohlenzüge wurde wieder aufgehoben. Dagegen sollen neue Kontrollmaßnahmen getroffen werden. Die Besatzungsbefehlshaber sind bisher fest geblieben und weigern sich, Reparationskosten zu liefern. Trotzdem hat die Besatzungsbehörde nicht gegewart, sie zu bestrafen. Trotz ihrer Mißerfolge läßt die Besatzungsbehörde von den Versuchen, die Gunst der Arbeiter zu gewinnen, nicht ab. Heute fanden Konferenzen mit den Eisenbahnern statt. Der französische Kommandant erklärte, die Besetzung werde den deutschen Arbeitern nichts in den Weg legen, sondern ihnen alles zutun lassen, was ihnen in Deutschland vorenthalten werde. Alle Wünsche und Beschwerden sollen geprüft und nach Möglichkeit erfüllt werden. Auf Anfragen der Arbeitervertreter erklärte der Kommandant, die deutschen Gesetze würden respektiert werden. Die Arbeiter protestierten aber gegen die Besetzung, erklärten, daß sie nur die deutschen Behörden anerkennen und zur Besatzungsbehörde kein Vertrauen haben. Schon die durch die Besetzung hervorgerufene Verteuerung der Lebenshaltung um 50 Prozent sei hierfür Grund genug. Nach einer Meldung der „Tollischen Zeitung“ soll Hugo Stinnes eine Anleihe von zwei Millionen Pfund Sterling zum Ankauf von Kohlen in England abgeschlossen haben.

Italiens Bedenken.

Paris, 17. Jänner. (Havas.) Ministerpräsident Mussolini ersuchte die französische Regierung um eingehende Aufklärung betreffs der Tragweite der Besetzung des Ruhrgebietes sowie der Befugnisse der Kontrollmission. Poincaré hat ihm in einer besonderen Note die gewünschten Aufklärung gegeben. Gegenüber der römischen Meldung, nach welcher die italienische Regierung ihre Vermittlung in der Ruhrfrage angeboten habe, wird erklärt, daß ein derartiges Angebot in Paris nicht eingelangt sei.

Rom, 17. Jänner. Bezüglich der italienischen Anfrage über die Ziele der französischen Aktion im Ruhrgebiet meldet „Messagero“ aus Paris: Die italienische Regierung hat eine Meldung über die deutsch-französischen Gegensätze gefordert und erklärt, daß die Reparationspfänder von Zivilfächleuten und nicht von Okkupationsmilitär verwaltet werden sollen.

Deutschland verhandelt nicht mit der Reparationskommission.

Paris, 17. Jänner. Die Reparationskommission sollte heute die Vertreter Deutschlands in der Frage der deutschen Benzollieferungen an Italien auf das Konto der Reparationen anhören. Von der deutschen Kriegslastenkommission langte jedoch die Nachricht ein, daß die deutschen Delegierten ihren früheren Erklärungen nichts hinzuzufügen haben, und daß sie daher ihre Anhörung nicht verlangen. Die Reparationskommission wird in dieser Angelegenheit am Freitag die Entscheidung treffen. — Das Datum, wann über die Bedingungen für das Deutschland für das Jahr 1923 zu bewilligende Moratorium gesprochen werden soll, ist noch nicht festgesetzt.

Keine Hoffnung auf Rußland.

Berlin, 17. Jänner. Der „Vorwärts“ wendet sich in seinem heutigen Leitartikel gegen den unpolitischen Sinn weiter Kreise des deutschen Volkes, das sich Illusionen hingibt, so z. B. der Hoffnung auf Rußland, die insbesondere von der nationalsozialistischen Bewegung genährt wird. Das deutsche Volk bezeichnet zwar mit Begeisterung, daß die Regierung Sowjetrußlands gegen den Gewaltakt des französischen Imperialismus protestiert habe, aber die russische Staatspolitik bediene sich der kommunistischen Internationalen nur als Werkzeug für den Imperialismus.

Bergeblische Requisitionsbefehle.

Paris, 17. Jänner. Die Havas meldet, haben gestern sechs Besatzungsbefehlshaber aus dem Bezirk Essen die Requisitionsbefehle erhalten, u. zw. jeder Teil einzeln. Weitere Requisitionsbefehle sollten gestern abgehen, sobald sämtliche Grubenbesitzer baldigst im Besitze der Requisitionsbefehle sein würden. Die Grubendirektoren werden einzeln für die Lieferungen haftbar gemacht; es wird ihnen mit Prozessen vor dem Militärgerichte gedroht werden.

Offizielle Ablehnung der polnischen Mobilisierung.

Warschau, 17. Jänner. (P.A.Z.) Ministerpräsident Sikorski erklärte gegenüber dem diplomatischen Reaktor der Poinischen Telegraphenagentur, die von der Auslandspreffe verbreiteten Gerüchte über eine polnische Mobilisierung entstammen feindlichen Quellen und entbehren der Grundlage. Die innere Lage ist eine gute und die Beziehungen zu den Nachbarn enthalten nichts, was die Aufrechterhaltung eines dauerhaften Friedens in Frage zu stellen berechtigten würde.

Der Kampf um Memel.

Paris, 17. Jänner. (Havas.) Die Botschafterkonferenz beschloß, unverzüglich nach Memel eine außerordentliche Kommission zu entsenden, welche die dortige Regierung unter Autorität der Alliierten einsetzen soll.

Fortgeehrte Bauinhalte in Berlin.

Berlin, 17. Jänner. (Eigenbericht.) Deutlich stieg der Dollar auf 18.151, das englische Pfund auf 84.787, der Schweizer Frank auf 3421 und die tschechische Krone auf 507 Mark. — Nachdrücklich gingen die Kurse unter dem Einfluß von Gerüchten über englisch-amerikanische Einmischung etwas zurück.

London, 17. Jänner. (W.A.) Die Sachlage im Ruhrgebiete wird, wie aus den letzten Nachrichten hervorgeht, in Großbritannien als sehr ernst angesehen. Das Sinken der Mark am heutigen Devisenmarkt schreitet fort. Mit der Notierung 82.000 Mark für ein Pfund Sterling wurde eine Rekordleistung erzielt.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in England.

London, 16. Jänner. (Amf. Radio.) Bonar Law empfing heute eine Arbeiterabordnung, welche dem Ministerpräsidenten ihre Ansichten in der Frage der Arbeitslosigkeit übermittelte. Bonar Law stellte in seiner Antwort fest, daß der Kabinettsauschuß, der sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit befaßt, nun unterbrochen tage und verschiedene diesbezüglich überreiche Vorschläge prüfe. Der Ministerpräsident versicherte der Abordnung, die Regierung sei geneigt, ihr größtes Wohlwollen gegenüber allen Vorschlägen zu bekunden, welche geeignet wären, den Mängeln abzuwehren, sowie auch gegenüber allen von Gemeinden, Privatgesellschaften oder Syndikaten in dieser Frage gestellten Anträgen. Die Regierung ist auch bereit, unter annehmbaren Bedingungen Geldmittel zu gewähren, um die verschiedenen Vorschläge praktisch durchzuführen zu können. Die Regierung wolle alles unternehmen, was praktisch eine Herabsetzung der Ziffer der Arbeitslosen bewirken könnte.

Inland.

Ein Kampf um die Mandate nach verstorbenen Abgeordneten entbrennt in der letzten Zeit unter den tschechischen Parteien. Nach dem Tode des Abgeordneten Bözene, der der tschechischen nationalsozialistischen Partei angehörte, entstand ein Streit zwischen dieser Partei und den tschechischen Sozialdemokraten. Der zur Zeit der Wahlen auf der Kandidatenliste der tschechischen nationalsozialistischen Partei gestandene Herr Slawa-Jschel, der später der tschechisch-sozialdemokratischen Partei beitrug, wurde vom Wahlgerichtshof eben deswegen seines Mandates für verlustig erklärt und es rückt der nächstfolgende Herr Bergmann in das Abgeordnetenhausein. Ein ähnlicher Kampf ist nunmehr nach dem Tode der kommunistischen Abgeordneten Slama und der Kommunisten entbrannt. Das „Pravo Lidu“ erklärt, daß ihr Nachfolger der Direktor der Pröhmner Bezirksfrankenkasse Konecny sein werde, obwohl vor ihm auf der Kandidatenliste noch drei andere Kandidaten, und zwar Sitrteck, Kráel und Sedlak stehen. Diese sind aber aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten und Mitglieder der kommunistischen Partei geworden. Das „Pravo Lidu“ beruft sich nun auf die unlängst gefällte Entscheidung des Wahlgerichtshofes, daß in ein freigeswordenes Mandat der Ersatzmann der politischen Partei nachfolgt, auf deren Kandidatenliste er gewählt wurde. Tritt er aus der Partei aus, so wird der nächste Ersatzmann, der der Partei angehört, berufen. Da die Abgeordnete Slama auf die Kandidatenliste der tschechischen Sozialdemokraten gewählt wurde, muß auch ein Angehöriger dieser Partei ihr nachfolgen. Im Sinne dieses grundsätzlichen Beschlusses des Wahlgerichtshofes, welcher rüdwirkend die Geltung hat, wird es auch nötig sein, die Gültigkeit des Mandates anderer Abgeordneten, insbesondere des Abgeordneten Dubnil (Kommunist) nachzuprüfen, welcher das Mandat nach Tusar einnimmt. Das „Pravo Lidu“ ist allerdings anderer Ansicht und begreift den Standpunkt des „Pravo Lidu“ als ründerlich. Die Entscheidung des Wahlgerichtshofes könne hier nicht appliziert werden, weil es sich nicht um das Ueberlaufen eines Einzelnen, sondern um die Spaltung der Partei handelt. Die kommunistische Partei, welche aus der Wahrheit der sozialdemokratischen Partei hervorgegangen sei, habe das Recht gehabt, ihren Namen zu ändern, sei aber dennoch die Nachfolgerin der früheren Partei. — Der Wahlgerichtshof wird sich also wiederum mit einem Streitfall zu beschäftigen haben.

Finanzminister Raiz bestellte ihn zu sich, um ihm sofort über die Unterredung mit dem Kaiser Bericht zu erstatten, in der über die zur Bedeckung der Beamtengehaltsvorlage verlangte Erhöhung der Judensteuer beraten werden sollte. Darüber wollte ihm Raiz mit: Gestern abend erhielt ich aus der Kabinettskanzlei ein Schreiben, daß ich heute schon um 8 Uhr früh zum Kaiser komme. Als ich in sein Arbeitszimmer trat, ersuchte er mich, auf geeignete Weise in den tschechischen Blättern den Dank für die Kundgebungen der Sympathien für die Tote zu verdolmetschen. Dann, als ob keine Gattin nicht in diesem Augenblicke in der Hofkapelle auf der Bahre liege, ging er gleich zur sachlichen Verhandlung über. Er ersuchte mich, das Referat mündlich vorzutragen. Er unterbrach mich dabei nicht ein einziges Mal. Als ich geendet hatte, fragte er, ob es nicht möglich wäre, zugleich auch die Offiziersgagen zu erhöhen. Als ihm Raiz erwiderte, daß dazu die Delegationen, die bereits gelangt hatten, noch einmal einberufen werden müßten und die ganze Welt glauben würde, daß das nur wegen außerordentlicher Rüstungskredite geschähe, was einen Sturz der österreichischen Baviere zur Folge hätte war er sehr unzufrieden. „Nähsah“ sagte Raiz, „daß ich es mir mit ihm wieder verdorben hatte, wie damals, als ich nicht fünfundsünfzig Millionen für die Flotte bewilligen wollte. Nähsah, daß ich in diesem Augenblicke den zweiten schwarzen Strich bekommen habe, wie im Wald der Baum, der zum Fällen bestimmt ist. Einige Sekunden schweigen er, offenbar überlegte er; dann sagte er: „Bitte, gehen Sie zum Grafen Thun, daß er für ein Uhr einen Ministerrat in die Burg einberufe. Der Ministerrat war kurz, er dauerte kaum eine Viertelstunde. Der Kaiser lag uns wieder an, daß wir die Delegationen einberufen und die Offiziersgagen erhöhen. Als der Finanzminister keine Gründe dagegen vorbrachte, ließ der Kaiser abstimmen. Die Forderung des Kaisers wurde einstimmig abgelehnt, der Antrag Raizs, die Beamteneingehalte schon vom 1. September an zu erhöhen, angenommen. Nun fragte Franz Josef, ob Raiz die Mittel dafür habe und ob er die Verantwortung übernehme. Zu dieser Erzählung bemerkte Raiz: „Vor alledem dürfen Sie nichts in die Öffentlichkeit bringen, solange ich oder der Kaiser leben. Schreiben Sie es sich aber auf, damit einmal die tschechische Öffentlichkeit erfahre, daß die erste Sorge Franz Josefs das Militär war, aber auch, wie schwere Kämpfe ich mit ihm hatte, wenn ich etwas ungunsten der Beamten durchsetzen wollte.“ Diese Charakteristik des Kaisers, den der schreckliche Tod der Gattin so aufregte, daß er an nichts dachte als — an die Offiziersgehälter wird aber, allerdings unfreiwillig, ergänzt durch eine Charakterisierung des Finanzministers. Dr. Raiz sagte an seine Erzählung noch die Bitte an, es möge in allen Zeitungen folgende Note veröffentlicht werden: „Seine Majestät hat auch in dem großen Schmerz, von dem sie betroffen wurde, an ihre Beamtenschaft nicht veraußen. In den Tagen der Trauer hat sich der Kaiser um sie gekümmert und angedeutet, daß die erhöhten Bezüge der Staatsbeamten rückwirkend vom 1. September ausbezahlt werden.“ Vom Hof erfährt man auch sonst einiges. So vom Thronfolger Franz Ferdinand, von dem Benizel erzählt, daß er oft gerodet wäslsive Resistenz machte, weil ihm der Kaiser nur einen so geringen Wirkungskreis gab. Einmal

schickte er einen adeligen Vertrauensmann zu Benizel mit einer Bitte. Es war behauptet worden, daß Franz Ferdinand den Kaiser gegen die Magnaren und ihre Forderung nach einer selbständigen Armee heße, und er wollte, es solle in den „Novodni Listy“ mitgeteilt werden, daß er sich der Grenzen seiner Kompetenz bewußt sei und deshalb in die aktuellen politischen Streitigkeiten nicht eingreife. Das wurde auch veröffentlicht. Ein zweitesmal schickte er zu ihm den Hofrat im Handelsministerium Dr. Jan'ach, der von Dr. Forstch in das Handelsministerium gebracht worden war, damit er eine in einer tschechischen Zeitung veröffentlichte Beschwörung, daß er die Fronleichnamtsfeier in Venedig zu früh verlassen habe, aufkläre. Ueber das Verhältnis Franz Ferdinands zu den Tschechen erfährt man leider nicht viel. Nur einmal wird mitgeteilt, daß er nicht verstehen konnte, warum die Tschechen gegen die Selbstständigkeit Albaniens und gegen das italienisch-österreichische Kondominium seien, gegen das Masarich und Kra-marsch gesprochen hatten. Benizel erzählt, er sei berufen worden (ob zum Thronfolger oder zum Hofrat Jan'ach, wird nicht klar), um den Widerspruch aufzuklären, der darin liegt, daß die Tschechen für sich die itallische Selbstständigkeit verlangen und sie Albanien verweigern. Der Dimeiz Benizels auf das Schicksal des preuhisch-österreichischen Kondominiums in Schleswig-Holstein sei nicht ohne Eindruck geblieben. Den Hofrat Jan'ach nennt Benizel einen scharfsinnigen und effizienten Politiker und bedauert, daß er so jung gestorben ist. Er teilt übrigens mit, daß Kompaoh der Vermittler zwischen Franz Ferdinand und den tschechischen Nationalsozialen war. Es wäre also wohl in-

Das Abgeordnetenhaus tritt laut Beschluß des Fünfzunderauschusses der Koalition erst in der ersten Woche Februar zusammen. Der Senat wird am 23. Jänner seine bereits angefertigte Sitzung abhalten, aber sodann ebenfalls bis zum Februar vertagt werden.

Die geplante Aufhebung der bedingten Verurteilung. Zu der von uns bereits kritisierten Meldung des „Pravo Bida“, daß das Justizministerium eine Aufhebung der bedingten Verurteilungen für die Dauer eines Jahres beantragen werde, bemerkt der „Cas“, daß die bedingte Verurteilung mit den letzten Ereignissen nichts zu tun hat, da ja diese Rechtsvorschriften nur ausnahmsweise und nur bei Freiheitsstrafen in der Dauer bis zu einem Jahre durch Ausschub des Strafvollzuges während einer bestimmten Bewährungsfrist gewährt werden kann. Es sind da wesentlichere Gründe erforderlich, die den sofortigen Vollzug als nicht nötig erscheinen lassen, insbesondere darf die bedingte Verurteilung nicht wegen einer aus niedrigen und ehrlosen Beweggründen vollbrachten Straftat platzgreifen. Diese dem Richter gegebene Ermächtigung bedingten Strafzuschubs mit der Wirkung, daß es, wenn während der Bewährungsfrist kein neues Verbrechen begangen wird, vom Strafvollzug überhaupt abkommt, ist bei uns ganz neu und der Einfluß auf die Kriminalität noch nicht erprobt, obwohl — bis auf die Morde — die Kriminalität in Abnahme ist. Bei so schweren Verbrechen kann aber von einer bedingten Verurteilung nicht die Rede sein. In Deutschland gab es bei 124.000 bedingten Verurteilten nur 3800 rückfällige Personen. Die Aufhebung dieser Rechtsvorschriften wäre nicht zu empfehlen.

Tages-Neuigkeiten.

Poincarismus.

Es ist tragisch, daß die Politik Poincares gerade das züchtet, was die Franzosen über alles fürchten, nämlich den neupreußischen Militarismus. Poincare ist der Schutzengel der deutschen Monarchisten und Militaristen. Seine Politik ist der Jungbrunnen des Militarismus und nicht nur in Deutschland. Poincare ist der erfolgreichste Feind des Pazifismus. Seine Politik zernichtet wie Schwamm das Gefühl der deutschen demokratischen Republik; sie fördert die Reaktion, und ihr allein verdanken die preußischen Monarchisten und Militaristen, verdanken die deutschnationale Partei und Deutsche Volkspartei den unerhofften Triumph, die glänzende Parade am vergangenen Sonntag auf dem Königsplatz in Berlin. Eine Parade des deutschen Nationalismus nach dem Herzen der Reaktion war diese Protestkundgebung der bürgerlichen Parteien gegen den französischen Vormarsch in Rheinland-Westfalen, und der Generalstab der preußischen Reaktion, der auf der Freitreppe des Reichstagsgebäudes seinen Standort hatte, machte kein Geheimnis daraus, daß er überaus zufrieden war mit dem Verlauf dieser Parade. „Prachtvoll! Prachtvoll! Wer hätte das vor einem halben Jahre gedacht!“ jubelte man.

Wieviele Jahre ist es denn her, daß Rathenaus Leiche aus diesem Gebäude herausgetragen wurde? Wieviele Jahre sind denn verflossen, seitdem der Staatsgerichtshof in Leipzig seine Urteile gesprochen? War es vor zehn, war es vor zwanzig Jahren, daß die sozialistischen Parteien sich zum flammenden Protest gegen den politischen Mord in Rathaus zusammenschlossen, daß die Volkseele lachte? Nie seit 1914 sah Berlin die politische Reaktion so üppig in Blüte, wie an dem letztvergangenen Sonntag. Der Verlauf dieser bürgerlichen Protestkundgebung gegen den französischen Vormarsch vernichtete die Hoffnung der Friedensfreunde, den in Versailles geschürzten Feind in mühseliger, friedlicher Arbeit zu lösen. Diese Kundgebung war keine Angelegenheit etwa nur der am weitesten rechts stehenden politischen Parteien, war gemeinsames Unternehmen sämt-

licher rechts von der Sozialdemokratie stehenden bürgerlichen Parteien. Von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen eine geschlossene Front; der große Bürgerhaud unter Führung der Deutschnationalen.

So schwer mit Sünden der Reaktion belastete Männer wie der deutschnationale Herrgatz, der Volksparteier Stresemann, waren für die Kundgebung am Sonntag als Redner präferierter, und weder Demokraten noch Zentrum sprachen zurück davon, Arm in Arm mit jenen vor den Hunderttausenden auf dem Königsplatz zu flanierten. Der Vorstand vom Deutschen Gewerkschaftsbund der Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, dem, im Gegensatz zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der Zentralorganisation der freien Gewerkschaften, die Kirch-Dunkerschiden und die Christlichen Gewerkschaften angeschlossen sind, schmei sich nicht, die Massen seiner Mitglieder für diese Parade aufzubieten, den deutschnationalen Strategen die Armee zur Verfügung zu stellen.

Die Kritikalität dieser Masse, ihr Mangel an eigener Überlegung, ihre Willfährigkeit gegenüber Männern, die der arbeitenden Klasse wessensfremd gegenüberstehen, der ungeheure Mangel an Klassenbewusstsein, offenbarte sich im ganzen Verlauf dieser Demonstration. Wenn auch viele unzureife Jugend dazwischen war, das Gros stellten doch die bürgerlichen Gewerkschaften: Arbeiter, Angestellte, Beamte, — Proletarier, auch wenn sie es ablehnen, sich so zu nennen. Und diese Masse — die rechtsstehende Presse überdreht nicht, indem sie ihre Zahl auf dreihunderttausend schätzt — gefiel sich darin, die Krallen des Krieges noch am Leibe spürend — Soldatenlieder, Kriegslieder zu singen — zu singen? — vielmehr voller glühender Begeisterung zu geloben, zu schwören, was sie sang. Der Schrei nach Kriegserklärung, nach Waffen, leiste aus dieser Menge empor, belagerte stundenlang das Brandenburger Tor, drängte gegen die Kette bewaffneter Sicherheitswehr wie lästern Löwen gegen das Gitter des Kaffigs und schrie ihre Wut und ihren Ingrimm über den Platz hinweg zur französischen Vorkapitulation herüber. Sie belagerte, freischend vor Jörn, Hotels, wo Mitglieder der französischen Kontrollkommission wohnten. Sie schändete mit gelächelten Rüstern auf Franzosen in den Straßenbahnen und Omnibussen. Sie ging aber auch mit Häuten und Stöcken auf eigne Volksgenossen los, die es wagten, das blinde Wüten als solches zu kennzeichnen.

Vielleicht schlägt Frankreich doch das Gewissen, wenn es sähe, daß der Poincarismus eine Vorwarnung zusammenstellt, die die junge deutsche demokratische Republik uner sich begraben kann.

Victor Rood-Berlin.

Aus besseren Zeiten der tschechischen Sozialdemokratie. Wir empfehlen insbesondere den tschechischen Genossen, die es einem jetzt oft schwer machen, ihnen diesen Ehrentitel zukommen zu lassen, die erste Lektüre folgenden Titels aus einem Aufsatz „Die tschechische Arbeiterbewegung in Oesterreich“ von Franz Soukup aus dem Jahrgang 1900/1901 der „Neuen Zeit“. Dort ließ sich der alte Führer der tschechischen Sozialdemokratie über das Problem der nationalen Frage in Oesterreich also vernehmen:

„Die ungelöste nationale Frage und deren Konsequenzen sind natürlich eines der schwierigsten Hindernisse der Entwicklung, nicht nur der tschechischen, sondern der gesamten österreichischen Sozialdemokratie. Die Frage muß aber einmal gelöst werden, und je früher das geschieht, desto besser auch für den wirtschaftlichen Emanzipationskampf der Arbeiterklasse aller Nationen Oesterreichs. Die nationale Frage, insoweit sie die geistige Befreiung und Übung der Nationen bedeutet, ist ja keine ausschließlich tschechische Angelegenheit der vermögenden Klassen; auch die Arbeiterklasse hat ihr großes Interesse daran, daß ihre Nation nicht zugrunde gehe, und ist sie einer anderen Nation gegenüber gerecht, so wird sie auch ihrer eigenen Nation Genüge tun. Es ist auch zweifellos, daß, je mehr die nationale Frage ihrer Lösung entgegengeht, umso mehr die internationale sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Oesterreich gewinnt.“

Soukup und die tschechische Partei sollten nicht anstehen, dieses eigene Rezept zu verwenden. Sie mögen in den Worten von Soukups Munde für Oesterreich die „Tschechoslowakei“ einsetzen und dann einsehen, daß sie seit den 20 Jahren trotz Krieg und Revolution nur nach der unersprechlichen Zeit umgelern haben.

Der Reichsberger „Vorwärts“ als Kriegsverhinderer. Die geistige Nummer des Reichsberger Kommunistenblattes schrieb über die erste neue Kriegesgabe: „Hier ungefähr dasselbe wie andere proletarische Blätter. Nur im Schlussabschnitt schlug der Artikel eine eigene Note an und die darf sich hören lassen. Wird doch dort nicht mehr und nicht weniger behauptet, als daß zweite und weichenalbe zusamt der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale mit der Bourgeoisie ihrer Länder Arm in Arm gehen, bereit, den neuen Krieg der Kapitalistenklasse zu unterstützen und ihn das Proletariat als Kanonensfutter anzufressern. Die kommunistische Parteilogikation in allen Ehren! Aber es gibt Augenblicke von viel zu großer geschichtlicher Tragweite, als daß ihre Ausnutzung zu kommunistischen Parteiverbänden nicht früher Leichtsinn wäre, und so sehr einen Augenblick durchleben wir jetzt. Ann etwa dem Wahnsinn des französischen Imperialismus Inhalt gebieten, so ist es die unerschrockene Einigkeit des Proletariates in der Abwehr der Kriegsvorbereitungen, die bürgerlichen Verbrecher aller Nationen müssen sehen, daß die Arbeiter einen neuen Weltbrand nicht dulden

und das äußerste unternehmen werden, ihn zu verhindern. Verdächtigungen, wie die vom „Vorwärts“ ausgesprochenen, sind nur insande, die Bourgeoisie am ersten Willen des Proletariates zweifeln zu machen und in ihrem freiben Abenteuerwille zu bestärken, sie besorgen also die Geschäfte der Hyänen des Krieges. Das ist für den Versuch, ein paar Seelen in die roten Gewerkschaften einzufangen, ein viel zu teurer Preis.“

Genosse Dr. Karl Grünberg, Professor an der Wiener Universität, der am Freitag im Verhand der Bank- und Sparkassenbeamten über „Industriekrise und Lohnproblem“, Samstag in der freien Vereinigung sozialistischer Akademiker über „Die Arbeiterbewegung in England“ spricht, ist einer der bedeutendsten lebenden Wirtschafts- und Sozialhistoriker. Den weitesten Arbeiten ist Professor Grünberg als Herausgeber des „Archivs für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“ bekannt, einer Vierteljahresschrift, welche sehr wertvolle Beiträge zur Geschichte des Sozialismus und zur Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung enthält. Grünbergs Hauptwerk behandelt die Geschichte der Feudallasten der Bauern und die Bauernbesetzung und wird für lange Zeit wohl noch das grundlegende Werk über dieses komplizierte und vielgestaltige Problem bleiben. Als Universitätslehrer hat sich Grünberg schon vor dem Kriege dadurch ausgezeichnet, daß er seine Aufgabe nicht wie die meisten Professoren der Nationalökonomie an den deutschen Universitäten darin gesehen hat, Marx in Grund und Boden zu verdammern und von der hohen Warte einer sogenannten voraussetzungslosen objektiven Wissenschaft die Theorie der Arbeiterbewegung zu beschämen. Sein Seminar an der Wiener Universität wurde von vielen sozialistischen Studenten besucht und aus diesem Seminar sind eine Reihe von Arbeiten hervororganen, die zur Erforschung der Sozialwirtschaftsgeschichte des alten Oesterreich wertvolle Beiträge geliefert haben. Zu beiden Vorträgen, die Genosse Dr. Grünberg in Prag hält, kann daher mit großem Interesse eingegangen werden.

R. G. Wolf ist wieder aus der Verbannung aufgeblüht, und zwar in Wien, wo er jetzt seine Tage verbringt. Dort hat sich nämlich eine deutschösterreichische, antisemitische „Kampfgemeinschaft“ gebildet, deren Hauptzweck die Bekämpfung des Judentums ist. „Es wird Deutschböhem angenehm berühren“ — schreibt das „Nordb. Tagebl.“ — „daß an die Spitze dieser Kampfgemeinschaft Karl Hermann Wolf gewählt wurde, der damit einigermaßen in das politische Leben Deutschösterreich tritt.“ Das nennt man den Nagel auf den Kopf treffen. Die Bevölkerung Deutschösterreichs ist entzückt von der Tatsache, daß der Wolf wieder eine entsprechende Beschäftigung gefunden hat. Weniger angenehm berührt aber werden seine Freunde in Wien und Teßchen sein, wenn sie bemerken werden, daß den Wölfen seit dem Unsturz alle Schafe davongelaufen sind.

Eine Ehrung für Karl Kautsky. Unter diesem Titel meldet die „Arbeiterzeitung“ aus Budapest: „Der Minister des Innern hat den Postdebit Karl Kautskys Buch „Die proletarische Revolution und ihr Programm“ entzogen. Die in Wien erschienene ungarische Uebersetzung von Siffagan „Die Geschichte der Pariser Commune“, die seit Jahrzehnten auch in Ungarn frei verbreitet wurde, wurde verboten.“

Die erste Feuerbestattung in Wien. Wien, 17. Jänner. (Eigenbericht.) Heute vormittags wurde die Feuerbestattungshalle in Wien in Benutzung genommen, indem die erste Feuerbestattung vorgenommen wurde. Diese Handlung ging ohne jede Störung durch die Regierung vor sich.

Die Konsolidierung der kommunistischen Internationalen. Aus Paris wird gemeldet: Die Kommunisten, die ausgestoßen worden sind oder demissioniert haben, haben unter der Führung von Prossard eine neue kommunistische Partei gegründet, die sich „Unitarische kommunistische Partei“ nennt (Parti communiste unitaire). Als vorläufiges Organ der Partei ist die Zeitung „Germinal“ in Belfort bezeichnet worden. — Auch diese Tatsache beweist, wie ungeheuer verdient sich die Kommunisten um die internationale Arbeiterbewegung machen. Ihnen ist es zu danken, daß gerade jetzt das Proletariat Frankreichs zerfahren und ohnmächtig ist und, statt sich zusammenzuschließen, in immer neue Sekteln zerfällt.

Revolvererschüsse im Budapest Theater. Bei der Dienstag-Vorstellung im hauptstädtlichen Theater in Budapest wurden vier Schüsse gegen den Luster abgefeuert. Verletzt wurde niemand. Das Publikum wurde durch die Hauptdarstellerin beruhigt. Es scheint sich um einen Bubenstreich zu handeln. Die Untersuchung ist im Gange.

Ein Kiefernbrand in Wien. Gestern nachts wurde bei der Möbelfirma Thonet in Wien ein Kiefernbrand verübt und Schaden im Werte von 150 Millionen Kronen, den Damen bei der Firma deponiert hatten, gestohlen.

Ein Opfer seines Verfassers. Der 37jährige Bohrerleiter des in der Nähe von Goding befindlichen mährischen Selbstwehrwerkes, Richard Taussig, wurde am 13. d. M. auf dem Wege von Goding zum Bohrerwerke m e u h l i n g e r m o r d e t. Um 8 Uhr früh des genannten Tages verließ er die Wohnung und nachdem er das zur Auszahlung der Arbeiter nötige Geld in der Bank behoben hatte, begab er sich auf den Weg zum Bohrerwerk. Der Weg dahin führt entlang des Marchflusses. Als Taussig mittags zu Hause nicht eintraf und auch die Arbeiter vergebens auf ihre Auszahlung warteten, wurde sofort die Abgängigeitsanzeige erstatet. Bei der am Sonntag

durch die Genbarmerie vorgenommenen Nachforschung wurde auf halbem Wege vom Bohrerwerke, etwa 50 bis 60 Schritte vom Marchflusse entfernt, eine große Blutlache vorgefunden. In der Nähe des Tatortes fand man eine angeschlossene Browningpatrone sowie die Brillen und den Bleistift des Ermordeten. Nach den Spuxen zu schließen, wurde der Körper des Ermordeten zum Marchflusse geschleift und in den hochangewollenen Fluß verwerft. Die Sicherheitsbehörden sind eifrig bemüht, in die rätselhafte Mordtat Licht zu bringen, doch ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß Taussig einem Raubüberfall zum Opfer gefallen ist. Von dem Täter fehlt jede Spur. Der Ermordete, welcher sich in allen Kreisen der größten Beliebtheit erfreute, hinterläßt eine Witwe mit drei unversorgten Kindern. Hoffentlich gelte es den Sicherheitsbehörden, des Täters bald habhaft zu werden. Schwierig gestaltet sich die Suche nach der Leiche, weil der Marchfluß hoch angeschwollen ist.

Ein kommunistischer Sekretär als Betrüger. Nach einer Meldung des „Dach Casu“ wurden in den Geschäftsbüchern des kommunistischen Sekretärs Johann Cervenska, der bei der kommunistischen Parteileitung in März-Strau angestellt ist, große Vorgänge festgestellt. Cervenska erhielt von der Arbeiter-Partei große Beträge zugewiesen, die er aber in seinen Büchern nicht eintrug. Da die Geschäftsbuchführung des Cervenska nie kontrolliert wurde, so ist man erst jetzt auf die Betrügereien daraufgekommen, nachdem der Fehlbetrag bereits viele Tausende betrug.

Bergewaltigung einer Siebenjährigen. In Pittau wurde ein 16 Jahre alter Bursche wegen eines Sittlichkeitsverbrechens festgenommen. Er hatte am letzten Samstag ein im siebenten Lebensjahre stehendes Mädchen auf der Promenade angepöbele und erucht, ihm ein Palet zu tragen. Dann hat er dem Mädchen Geld gestohlen, es nach einem Park geleckt und es dort unter der Androhung des Erschießens vergewaltigt.

Mord- und Selbstmordversuch. Der Schlossergeselle Eduard Fippel, wohnhaft in Saal, hat am Montag früh auf die Freiergasse Leopoldine March zwei Schüsse abgegeben, wodurch diese schwer verletzt wurde. Darauf schloß er sich selbst eine Kugel in den Kopf und verletzte sich gleichfalls schwer. Fippel hat die Tat jedenfalls aus verhängnisvoller Liebe unternommen. Die beiden Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus überführt.

Raubmord. Samstag nachmittags wurde der Bergmeister Taussig der Godinger-Gebirgsbahn, als er von der Stadt zu den Gruben ging, um die Auszahlung der Arbeiter vorzunehmen, überfallen, erschossen und seine Leiche in die bebachungswillene March geworfen.

Vor den Zug gestürzt. Die 17jährige Fabrikarbeiterin J. Banusch aus Grafen hat sich beim Neuhofbahnhofsache vor den aus Teßlau kommenden Zug gestürzt. Sie war auf der Stelle tot. Des Mutters der Tot ist unbekannt.

Eine Tafei: mit 500.000 Kronen verloren. Die Transportkassette auf dem Wiltschhof in Prag erhielt gestern aus Laub nachts ein Diebstahl. Heute, den 17. d. M., hat eine Dame beim Einsteigen in den Zug Nr. 102 auf dem Wiltschhof eine Ledertasche mit 500.000 Kr. verloren. Die Nachforschungen in dieser Angelegenheit blieben bis jetzt erfolglos.

Die vor dem 1. Jänner 1923 verstorbenen Staatsangestellten und ihre Hinterbliebenen. Sollte die Hinterbliebenen nach solchen Staatsbediensteten, welche in der Republik vor dem 1. Jänner 1923 gestorben sind, wenn sie im Gebiete der tschechoslowakischen Republik wohnen und ihre Witwe und Versorgungsgenüsse bei einem Personals-Bildungs-Departement der Finanz-Landesbehörde vorzutragen sind, haben ihren Anspruch auf Versorgungsgenüsse höherer Familienklassen, sowie auf Kinderrenten bei den genannten Ämte mittels unbeschuldigene Anwendung geltend zu machen. Dieser Anwendung, in welcher die Nummer des Liquidierungsdiabetes anzugeben ist, sind die notwendigen Dokumente beizufügen. Denjenigen, die bis zum 15. Jänner 1923 die erwähnte Anmeldung nicht einbringen, wird die weitere Auszahlung der Versorgungsbeiträge und Rente für die Familienmitglieder eingestellt werden.

Kleine Chronik.

Stiftungen zur Bekämpfung des Krebses. Die außerordentliche Zunahme der Krebserkrankungen, die in England festgestellt worden ist, hat dort die Bewegung zur Bekämpfung dieser furchtbaren Krankheit mit neuem Eifer erfüllt. Wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, haben Sir William Benn 10.000 Pfund und der reiche Nanabier Lord Alholstone 100.000 Dollar als Preise für eine neue Methode der Krebsheilung ausgesetzt. Da decartige Entdeckungen aber selten durch einen Einzigen gemacht werden, so haben sie sich überzeugen lassen, daß es besser ist, die Stiftungen in regelmäßige Beiträge für die Fortführung der Krebsforschung umzuwandeln und jährlich bedeutende Summen dem Londoner Krebshinstitute zur Verfügung zu stellen.

Ein Lenkballon ins Meer gestürzt. Nach einer Meldung aus Havanna ist der große amerikanische Lenkballon „Kolombus“, der Ken West auf dem Wege nach Havanna verließen hat, ins Meer gestürzt. Fünf Passagiere sind ertrunken.

Schiffstalarastroph. Das deutsche Motorschiff „Seymour“ aus Lübeck ist in der Nacht vom Sonntag auf Montag auf der schwedischen Küste in der Nähe von Sandhamn untergegangen. Die gesamte Mannschaft, die wahrscheinlich sechs bis sieben Mann betrug, ist ums Leben gekommen. Der Dampfer „Greifswald“ aus Sahnitz ist untergegangen. Die Besatzung von 18 Mann wurde gerettet.

Explosionsunglück. Melbourn, 17. Jänner. (Havas.) In der Pulverfabrik Dear Port ereignete sich eine Explosion, durch welche drei Arbeiter getötet und einer verletzt wurden.

Dr. G. Bollasjel.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“

Boltswirtschaft und Sozialpolitik

Faschistische Gewerkschaftsorganisationen scheinen die Nationaldemokraten gründen zu wollen. Die letzte Nummer der „Tschecho-Slavisches Litzm“, des nationaldemokratischen „Gewerkschaftsorganes“, ist ganz der Propaganda faschistischer Grundgedanken gewidmet.

Direkte Aktion gegen die Kommunisten. Infolge des Verhaltens der letzten Nummer des „Rude Pravo“ und der kommunistischen Partei ist es nötig, Repressalien gegen die Anhänger dieser Partei ins Auge zu fassen.

Diese Notiz ist eine direkte Aufforderung zum Suche des Koalitionsrechtes der Arbeiterschaft, gegen den sich ohne Unterschied der Parteirichtung wird stellen müssen.

Tischler Achtung! In London streifen über 1000 Tischler bei der Firma Lebus. Ursache des Streikes ist äußerlich falsche Behandlung und Ausbeutung der Arbeiter bei Anwendung von Methoden, die bei normaler Ausbeutung fernab der Kapitalisten im allgemeinen nicht üblich sind.

Lohnkampf im Wiener Metallgewerbe. 17. Jänner. (Eigenbericht.) Die Betriebsräte der Metallarbeiter hielten heute eine Versammlung ab, um zu dem Versuche der Unternehmer, eine fünfprozentige Lohnüberhöhung zu tätigen, Stellung zu nehmen.

Die Bierpreise neuerlich herabgesetzt. Die Prager Großbrauereien veröffentlichen an ihre Aktionäre Zirkulare, mit dem Datum vom 13. d. M., in welchen sie mitteilen, daß unter anderem der Preis für jeugradiges Lichtes Bier auf K 173.— franco Haus einschließlich der Verzehrungssteuer ermäßigt wird.

Devisenkurse.

Table with 3 columns: Stadt, Schw. Frank, Mark. Rows for Berlin, Wien.

Prager Kurie.

Table with 3 columns: Gold, Ware. Rows for 100 Pf., 100 Sch., 100 Kronen, etc.

Züricher Schlußkurie.

Table with 3 columns: Gold, Ware. Rows for Paris, London, Berlin, etc.

Gerichtssaal.

Bigamic.

Prag, 17. Jänner. Der bereits einmal wegen Diebstahls zu vier Monaten Kerker verurteilte Franz Machadel, Beamter der Krankenkasse in Arealup, heiratete am 3. Feber 1914 ein Fräulein Anna Slauland.

Kunst und Wissen.

„Der meinende Satyr“, Komödie in drei Akten von Fräulein Strámel. Uraufführung im Weinberger tschechischen Stadttheater. — Fräulein Strámel ist derjenige unter den heutigen tschechischen Dichtern, der den Geist Ernst Haeckels und Charles Darwins philosophisch am tiefsten begriffen hat.

„Triften und Holde“. Morgen, Freitag, 6 Uhr. Großspiel Rudolf Ritter-Schützler, Anna Wolf-Zimmer-Braunschweig. „Triften und Holde“. Die Brautgäme liegt Susanne Fichta-Söhl. Dirigent: Josef Kufn.

„Premiere „Cajanovas Sohn“. Samstag und Sonntag in der Reinen Bühne zum erstenmal Rudolf Lehars amüsante Komödie „Cajanovas Sohn“, das jugendliche Rebertstüchlein des Berliner Kleinen Theaters.

„Kleine Bühne“. Heute, Donnerstag, und Sonntag Lehars melodische Operettenmeister „Arasquita“; Sonntag nachmittags halb 3 Uhr Arbeiter vorstellung „Gastspiel Kuba „Bardier von Bagdad“; Karten bei Deutscher Deutsch, Graben 25, (Kleiner Saal).

Sonntag und Sonntag abends Premiere „Cajanovas Sohn“; Sonntag nachmittags das französische Lustspiel „Roussell“.

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag, Jägerovo nam. 4. Donnerstag, den 18. Jänner findet um 8 Uhr abends im Restaurant „Goldenes Kreuzel“, Nekozánka, die Generalversammlung statt.

Mitteilungen aus dem Publikum.



Ceres-Krapfen für verliebte Leute! Beschwechen nicht den Magen.

Während mit Schmalz, Rind- oder Schweinefett ausgebacken Krapfen oft Magenbeschwerden verursachen, sind Ceres-Krapfen sehr bekömmlich.

1882

Knapp vor der Ziehung sind keine Lose zu bekommen! Kaufet schon heute! STAATSPRÄMIENBAULOSE.

Ziehung

am 1. Feber 1923.

Gezogen werden

1 Treffer zu 1,000.000 Kc

Table with 2 columns: Treffer, Betrag. Rows for 2, 10, 20, 50, 100, 200, 500, 1000 Treffer.

Verlangt Prospekte!

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Tetschen. Sonntag, den 18. Feber Bezirkskonferenz mit nachfolgender Tagesordnung: Organisierung der sozialen Fürsorge im Bezirke Tetschen, Vortrag über die Schritte, die gegen die Vorkreibungen der Vermögensabgabe zu unternehmen sind und wichtige, parteiinterne Angelegenheiten.

„Amerikanische Geschäftspraxis“.

Wir beabsichtigen, den Armen und den Arbeitlosen unentgeltlich Schuhwerk zu verschaffen. Deshalb unterhandelt unser Chef, Herr Thomas Daco, mit dem tschechisch-slowakischen Notar Kceuge dem abgetragenes Schuhwerk geschenkt werden sollte.

Es ist sicher, daß dieser Artikel von der organisierten Konkurrenz, die auf irgendeine Weise von unserem Vorhaben Kenntnis erhielt, inspiert und auch bezahlt wurde, einer Konkurrenz, die lieber das Geld herauswirft, um unsere Bemühungen im Interesse unserer Kunde zu vereiteln.

Im angeführten Falle des Bostoner Kaufmannes wurde die Rundschau derzeit angeklammert, daß sie ihre alten abgetragenen Schuhe gegen neue, allerdings papierene, hergab.

Daß die beabsichtigte Aktion mit dem abgetragenen Schuhwerk tatsächlich gut ist, beweist am besten das kampfshafte Bemühen unserer Konkurrenz, uns von unserer Absicht abzubringen.

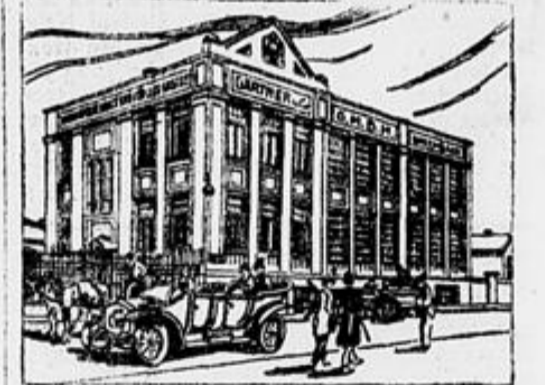
Trotz allen Hindernissen werden wir die angefangene Aktion im vollen Umfange vom 10. bis 27. Jänner l. J. in allen unseren Verkaufsstellen in Prag, Brünn und Mährisch-Odrau durchführen.

Abgetragene Herren- sowie hohe Damenschuhe übernehmen wir das Paar zu K 15.—, Kinder- und Damenhochschuhe zu K 10.—.

Wir sind überzeugt, daß unsere Kunden uns wie früher auch diesmal mit Ihrem Zutrauen beehren werden.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czach und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Galik.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Gesamtdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Satz- und Zugschneidemaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 500.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 171. Postadresse Nr. 177.363

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur.

Alle nicht lagernden oder wo immer angefündigen Bücher und Zeitschriften werden reichlich geliefert.

Interessieren Sie im Sozialdemokrat !!

Ausschreibung

Theatercafé-Restaurationsräumlichkeiten in den neubauten Stadtsälen in Teplitz-Schönau.

Die Stadtgemeinde Teplitz-Schönau vergibt sämtliche Caféhaus- und Gastwirtschaftsräumlichkeiten in allen Räumen der neubauten Stadtsäle insbesondere des Theatercafés samt Terrassen, Restaurationsräumen im Theater, kleiner Saal, im Lichtspielhaus, im Ratskeller und allen Nebenräumlichkeiten und Büfets, zum pachtweisen Betriebe.

Nur erstklassige Pachtbewerber, welche die entsprechende Eignung als Pächter sämtlicher Betriebe nachzuweisen in der Lage sind, haben ihre Anbote insbesondere hinsichtlich des Pachtpreises bis 15. Feber 1923 an den Stadtrat Teplitz-Schönau zu richten.